



Landschaftsversammlung am 02.02.2017

5

Haushaltsrede von Martina Müller, Fraktionssprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

Sperrfrist: Donnerstag, 02.02.2017, 10.40 Uhr

10

Es gilt das gesprochene Wort.

15

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landesdirektor, meine Damen und Herren,

am 24. November des letzten Jahres haben Sie, Herr Löb, hier in diesem Saal den Haushalt eingebracht und ich behaupte - dies war eine der Sternstunden der Landschaftsversammlungen. Noch nie - solange ich dabei bin und das ist immerhin seit 1991- hat ein Landesdirektor eine solche Rede gehalten mit so viel Herzblut und so klaren Aussagen.

20

Sie haben in Ihrer viel beachteten Rede zwei Ziele benannt:

25

1. das Ziel, den LWL in seinen Qualifikationen, seiner Expertise in vielen fachlichen und politischen Handlungsfeldern weiter zu profilieren und dies stärker sichtbar zu machen und
2. Sie wollen den LWL nicht mehr systematisch kleiner und bedeutungsloser machen - wie es in der Vergangenheit alleine durch das Aufbrauchen der 300 Mio. Euro-Ausgleichsrücklage in nur 7 Jahren geschehen ist.

Sie formulierten Ihre Vision: Ich zitiere:"... dass der LWL der Impulsgeber für die Kommunen und für die Region Westfalen-Lippe ist", Zitat Ende.

30

Dabei haben Sie uns als Vertreter und Vertreterinnen der Räte und Kreistage direkt aufgefordert, sich ehrlich zu machen und in den Gremien des LWL nicht anders zu agieren als vor Ort, wo es leicht fällt, dem LWL mangelnde Finanzkontrolle vorzuwerfen, um von eigenen Schwierigkeiten abzulenken.

35

Aber was ist denn nach dieser Rede geschehen?

40

Dass das Ende August angekündigte Finanzloch von damals 144,2 Mio. € noch mit Unsicherheiten behaftet war, ist für jede und jeden nachvollziehbar. Die korrigierten Auswirkungen des Inklusionsstärkungsgesetzes und die saldierten Verbesserungen von 27,7 Mio. € und die damit um 0,25 %-Punkte gesenkten Hebesatzforderungen von ursprünglich 1,15% - Punkte waren schlüssig und wir haben dies erleichtert zur Kenntnis genommen.

Denn selbstverständlich kennen wir die finanzielle Not der Kreise und Städte, vor allem der Stärkungspaktkommunen. Selbstverständlich wissen wir, dass jeder Zehntel%-Punkt helfen kann, nicht in die Haushaltssicherung zu rutschen.

45

Die dann bei der Haushaltseinbringung korrigierten Zahlen, die ein zu deckendes Defizit von noch 114 Mio. € auswiesen und in der Konsequenz eine Erhöhung der Umlage um 0,9% - Punkte forderten, waren nachvollziehbar. In vielen Gesprächsrunden mit Oberbürgermeister*innen, Landrät*innen, Kämmer*innen und Sozialdezernent*innen hatten LWL-Landesdirektor und Kämmerer Sachverhalte und Hintergründe erklärt und viele überzeugen können. Nachweislich hatten die meisten Kommunen 17,6 %-Punkte Umlage in ihre Haushalte geschrieben.

50

55 Und Herr Paul, weil es da im LA Irritationen gab, am 24.11.2016 hatten die Stadt Dortmund (wer sonst) und die Stadt Gelsenkirchen 17,2 im Haushalt, Bottrop, Hamm, Münster, Herne und der Kreis Recklinghausen 17,3, Bielefeld 17,4 aber 14 Kreise hatten 17,6 in ihren Haushalten stehen. Das sind 2/3 der Kommunen. Selbst wenn die 5 Kommunen, die keine Rückmeldung gegeben haben und somit in der Auflistung fehlen, alle unter 17,6 geblieben wären, hatte die Mehrheit die Botschaft des LWL verstanden.

60 Und dann am 3. Dezember wurde der Landesdirektor zurückgepiffen. Eine selbstbewusste LWL-Führung passt den Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen anscheinend nicht. Sie wollen keinen starken LWL. Diese Vision, der LWL als Klammer Westfalens, bringt die Mehrheitspolitik in der Landschaftsversammlung zu Fall, bevor sie Fahrt aufnehmen konnte.

65 Seit der Haushaltseinbringung waren gerade einmal 6 Arbeitstage vergangen, ausgerechnet am Tag, an dem die „GroKo“ ihre Haushaltsberatungen abhält, dazu noch an einem Samstag, informiert die Verwaltung:

Es war alles nicht so gemeint. Alles nicht so schlimm, 17,4 %-Umlage reichen aus.

70 In 6 Tagen waren die bei der Haushaltseinbringung angedeuteten Verbesserungen bei den Pensionskassen (+10 Mio. €), und eine korrigierte Prognose bei den Belastungen des Inklusionsstärkungsgesetzes um 6 Mio. € nach unten erfolgt. Auch die Behindertenhilfe konnte noch 1,5 Mio. € in 2016 einsparen.

75 Damit passte es für die "GroKo". Hier hat die Politik offensichtlich dafür gesorgt, dass die Verwaltung zurückrudern musste, dass sich die Verwaltung und damit der LWL insgesamt klein machen musste. Sie selber hatten dieses Mal zum ersten Mal noch nicht einmal den Mut, die politisch zu beschließende und politisch zu verantwortende Umlagehöhe nach unten zu korrigieren, das musste die Verwaltung tun.

Warum haben Sie diese Inkonsistenz erzeugt?

80 Entweder, Herr Löb, war es verwaltungsseitig eine Strategie, in Salami-Taktik immer weiter von der ersten Forderung herunterzugehen. Dann sage ich: es war eine schlechte Strategie, mit der Sie dieses aufgebaute Vertrauen ohne Not aufgeben haben.

85 Oder Sie mussten auf Druck der GroKo so verfahren, dann hätte ich mir gewünscht, dass die beiden Fraktionen politisch dafür auch gerade stehen müssen. Wir wissen es nicht.

90 Für die Kommunen entsteht der Eindruck, wenn man nur genügend Druck erzeugt, kann der LWL immer noch in eine Geldschatulle greifen. Sie beschädigen nicht nur eine mittelfristig kalkulierbare, nachhaltige Haushaltspolitik, sondern noch mehr die Glaubwürdigkeit unserer Zahlen im Umgang mit den Mitgliedskörperschaften.

Dies kommt einer Demontage des LWL gleich, für die Sie, meine Damen und Herren der CDU und SPD, die Verantwortung tragen.

95 Das stärkt nur das populistische Sierausche, Gemkesche und Co. "Städte und Kreise zuerst-Geschrei". Stammtischparolen, der LWL hat immer schon beschissen, man braucht nur eine gute Dramaturgie vor Ort, dann finden die noch Kohle; es wird „getrumpelt“, was das Zeug hält. Sie werden bei jeder Umlagehöhe nachlegen.

100 Der traurige Kernpunkt ist: Wie es dem LWL geht, interessiert dann niemanden vor Ort. Dass hier die Solidarität angekündigt wird, ist nicht Schuld des Landschaftsverbandes.

Wenn man die Umlageerhöhung nochmals hätte senken wollen, dann hätte man sagen können:

1. Es ist alles richtig und sauber kalkuliert, was Landesdirektor und Kämmerer gesagt haben
2. Die örtliche Not der Kommunen und Kreise geht uns trotzdem vor der Not des LWL und seinem Druck, gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen.

105

Das wäre ehrlich gewesen, Sie hätten die Realität ehrlich beschrieben und hätten niemanden beschädigt, auch wenn es inhaltlich aus unserer Sicht weiterhin die falsche Schlussfolgerung gewesen wäre. Aber Sie hätten immerhin die Glaubwürdigkeit und den gebotenen Respekt für den LWL geschützt.

110

Und wenn Sie dann als Mehrheitsfraktionen noch gestaltende und verantwortliche Politik gemacht hätten, dann hätten Sie 3. eigene konkrete Lösungsvorschläge in die Haushaltsberatungen eingebracht.

115

Wem Sie aber diesen Haushaltsbegleitbeschluss als Lösungsvorschlag verkaufen wollen, erschließt sich mir nicht. Den Kommunen? Halten Sie die für so dumm nicht zu merken, dass der Text voller Lyrik und voller Widersprüche ist. Einerseits suggerieren Sie damit, Einsparpotentiale heben zu können und zu wollen, andererseits wollen Sie z.B. ambulant vor stationär konsequent umsetzen. Offen bleibt, bis zu welchem Preis und damit für welche Menschen.

120

Im Gegensatz dazu hat die GRÜNE Fraktion einen konkreten Antrag gestellt, die Ziele und Kennzahlen in der Produktgruppe 0502 (individuelle Hilfe im Einzelfall) so zu erweitern, dass es möglich wird, politisch Farbe zu bekennen und eine konkrete Zielquote zu definieren, wie sich das Verhältnis ambulant zu stationär verändern soll und auf welche Hilfebedarfsgruppe sich die Quote verteilen soll.

125

Sie wollen das Zugangsverfahren für die Wohnhilfen konsequent an den Bedarfen der Leistungsempfänger ausrichten und eine zielorientierte Leistungsgewährung sicherstellen. Ja was denn sonst, ist man geneigt zu fragen, wenn nicht Absätze später der Satz auftauchen würde: "Ziel der Maßnahmen ist es, die Steigerungsraten zu mindern".

130

Wenn man Ihren Text weiterliest, könnte man meinen, im Sozialdezernat habe es kein aussagekräftiges Finanz- und Fachcontrolling gegeben, es sei zu wenig gesteuert, zu langsam gearbeitet und zu wenig informiert worden. Ihr Landesrat, meine Damen und Herren der SPD, ist Vorsitzender der BAGÜS. Welches Bild vermitteln Sie mit diesen Forderungen.

135

Auf den Bund zu zeigen, ist richtig und wichtig und kann nicht oft genug wiederholt werden, hilft nun aber gerade in der aktuellen Situation nicht. In die Kassen der Kreise und Städte in Westfalen-Lippe werden ab 2018 534 Mio. € fließen. Der LWL - mit 9 Mio. € - profitiert nahezu nicht. Die Kostenspirale dreht sich weiter, von einer Dynamisierung der Beteiligung des Bundes ist nichts in Sicht.

140

Für die Kultur bleibt es dasselbe Muster: Kultur ja, offen: Einsparen wo, keine Ahnung wie.

Wer sich jetzt aber in den Kreisen und Städten die Hände reibt und angesichts der 17,4 "geht doch" sagt, verkennt die Konsequenzen, die dieses kurzsichtige erneute Schuldenmachen auslöst.

145

Der LWL trägt alleine das Haushaltsrisiko für die Auswirkungen des BTHG und des PSG II und III, geschätzte rund 25,4 Mio. € oder vielleicht auch mehr, wer weiß das heute schon so genau, und wird fiskalisch an die Wand gepresst.

Meine Damen und Herren, Ende 2017 sind wir bei einer Ausgleichsrücklage von 5 Mio. €, damit ist diese nahezu aufgebraucht. Man könnte auch sagen, wir haben keine Möglichkeit mehr, auf Unvorhergesehenes zu reagieren.

150

Die Verwaltung hat mehr als einmal deutlich gemacht, dass sie einen Puffer von mindestens 33 Mio. €, das ist nur 1 % des Haushaltes, braucht. Dann hätte man auch verantwortlich die Risiken der neuen Gesetze tragen können. Denn die Risiken sind die Realität, die wir alle zur Kenntnis nehmen müssen.

155

Meinen Damen und Herren, diese Risiken muss die kommunale Familie gemeinsam übernehmen.

Es kann dabei nicht um eine Auseinandersetzung des LWL gegen den Rest gehen. Es kann nicht darum gehen, wer am Ende recht hatte, ob wir den Haushalt gerade noch so schaffen oder nicht. Es geht darum, sich mit der Realität auseinander zu setzen und dazu fehlt der Mehrheitspolitik in diesem Haus der Mut. Die Welt wird sich so gemacht, wie man sie möchte.

160

Nicht umsonst ist "postfaktisch" das Wort des Jahres 2016.

Meine Damen und Herren von CDU und SPD, mit diesem Haushalt machen Sie den LWL im Wettbewerb um innerkommunale Aufgabenwahrnehmung klein, ja Sie stellen ihn damit in Frage. Denn alles was vor der letztlich erneuten Senkung der Umlage galt, gilt ja auch weiterhin.

165

Daher werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei 17,6% -Punkten bleiben und den Haushalt ablehnen.